

Neosozialismus: 8 Thesen und Antithesen zur System- und Transformationsdebatte

Klaus Dörre, Professor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und geschäftsführender Direktor des DFG-Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“, hat sich auf die Suche nach einer „neo-sozialistischen Option“ oder einem „neuen Sozialismus“ begeben. Seine „Acht Thesen“ sind eine einzelne Stimme im Zusammenhang der umfangreichen linken System-, Transformations- und Programmdebatte. ¹⁾ Jedoch stellen sie grundlegende Fragen und vielfach angesprochene Aspekte in verdichteter Form vor. Die nachstehende konzentrierte Auseinandersetzung entlang der Thesen entwickelt eine andere, in manchem neue Sichtweise und lädt zur weiteren Klärung ein.

Vorbemerkungen: Zur Krise und Fortentwicklung des Marxismus

Das von Dörre eingangs beklagte „Fehlen der konkreten Alternative“ ist nicht nur „gegenwärtig“, sondern schon seit Marx ein Grundproblem, das dieser auf dem Entwicklungsniveau des Industriekapitalismus auch gar nicht lösen konnte. Es ist dann seit gut 150 Jahren nicht gelungen, über alle Systemkritik hinaus die politisch-ökonomische Kerngestalt einer tragfähigen und vertrauenswürdigen gesellschaftlichen Alternative darzustellen.

Es handelt sich angesichts dieser Strecke um eine denkgeschichtliche Anomalie und offenkundig um ein Hauptproblem für die gesellschaftliche Linke. Das verweist auf eine im Grunde permanente Krise des Marxismus und seine überfällige „Fortentwicklung“ (Bloch), damit auf eine heute unabdingbare Überschreitung überlieferter Denkansätze. Die ganze Angelegenheit hat eine geradezu existenzielle Bedeutung.

Dörre möchte jetzt gegen den „Verlust des Utopischen“ angehen, auch um die „Systemfrage“ nicht den „Rechtspopulisten“ zu überlassen. Die vielen Überlegungen, Ideen und Projekte verweisen auf den Weg eines „demokratischen Experimentalismus“. Der wird nun allerdings mit dem Begriff eines „Neosozialismus“ nicht unerheblich überkront. Die Haltbarkeit dieser Materialkombination soll im Folgenden geprüft werden.

Das scheint auch nötig, weil hier ohne eine Selbstverortung oder Seitenblicke im schon umfangreich besetzten Diskursfeld daran gegangen wird, Projekte mit dem Fokus „Wirtschaftsdemokratie“ unter dem Titel eines „neuen Sozialismus“ anspruchsvoll zu platzieren. Im vorliegenden Fall zeigt sich, wie aus einer sonst angestrebten „Great Transformation“ (Polanyi) schnell eine small-scale Angelegenheit werden kann. So werden die an sich scharfen Grundbegriffe weiter entkernt.

Antithese 1: Gescheiterte Experimente und die Wegrichtung

Es wird kritisiert, dass der „größte Fehler“ oder „systemische Mangel aller bislang existierenden sozialistischen Regime und Gesellschaften“ darin bestünde, dass sie über kein Korrektiv gegen die „Akkumulation politischer Macht“ verfügten. Das führe „unweigerlich“ zum Scheitern, etwa zu neuen Formen „bürokratischer Klassenherrschaft“ oder auch zu

¹ Dörre, Klaus: Neo-Sozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2018, S. 105-115. Aufruf unter <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2018/juni/neo-sozialismus-oder-acht-thesen-zu-einer-ueberfaelligen-diskussion>

„Terror und Krieg“. Man solle also „sozialistische Experimente“ besser beenden und „umkehren“, wenn diese „die Unterstützung von Bevölkerungsmehrheiten verloren haben“.

Dörres Abneigung gegen die „Rolle der Gewalt in der Geschichte“ (Engels) mag verständlich sein. Derartig plakativ, selektiv und unhistorisch aus jenem verworfenen „Zeitalter der Extreme“ (Hobsbawm) lernen zu wollen, ist kein guter Anfang auf der Suche nach einem „neuen Sozialismus“. Es heißt dann, man dürfe nicht hinter den „Standard der parlamentarischen Demokratie“ zurückfallen, es gelte über deren „Partizipationsmöglichkeiten“ hinauszugehen: Man spürt hier eine Tendenz, die problematische politische Dimension eines „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck) zu idealisieren und vor allem wieder einmal und noch mehr Demokratie wagen zu wollen.

Der entscheidende Grund für das Scheitern bisheriger Ausbruchsversuche war, dass eine überlegene politisch-ökonomische Basis und eine gegenüber dem Vernichtungswillen des westlichen Imperialismus standhafte, höhere Zivilisation bisher weder theoretisch dargestellt noch praktisch hergestellt werden konnte. Daher trägt es heute eher zur Verwirrung bei, bezüglich der *als solche* gescheiterten Sozialismusexperimente von ehemals bereits „existierenden sozialistischen Regime und Gesellschaften“, von einem „Staats-“ oder gar „Realsozialismus“ zu sprechen.

Ausgehend von der verheerenden Dekadenz der kapitalistischen Welt, die auch deren liberale und demokratische Formbildungen betrifft, markiert „Sozialismus“ eine begründete und in der Tat „invariante“ (Bloch), epochale Richtungsentscheidung. Wenn überhaupt, befände sich ein Land wie China dann in der Tat „derzeit und auch noch lange Zeit im Anfangsstadium des Sozialismus“ (Xi Jinping). Ein Bestimmungsversuch für eine entwickelte Industriegesellschaft im Westen war einmal „Protozialismus“ (Bahro).

In der Sozialismussfrage geht es so oder auch anders nicht um allzu hoch fliegende, exosphärische Ideen, sondern im Kern um eine sozioökonomisch und wohl auch politisch definitiv anders konstituierte, zivilisatorisch höhere Gesellschaftlichkeit. Deren Werden und deren Formbildungen sind in wesentlichen Aspekten auch neu zu denken und noch zu erforschen.

An diese Praxisperspektive reichen verteilungs- und linkspolitische, teils nominell sozialistische Programme mit Übergängen zu einer sozial-ökologischen Modernisierung nicht heran, sondern verunklaren den Unterschied und die wirkliche Lage: Zukunftversprechende Technologien und Werke bräuchten vor allem eine andere soziale Formprägung, um wirklich problemlösend und in der „Richtung“ gesellschaftlicher Emanzipation zu wirken und nicht etwa als regressive Innovation: Die neue Ideologie der kapitalistischen Modernisierung oder eines progressistischen Neoliberalismus ist ein „Green Capitalism“ (Smith). Für dessen „Nachhaltigkeit“ werden inzwischen Billionen subventioniert und investiert.

Anithese 2: Sozialstaat, Zivilgesellschaft und soziale Wahrheit

Was wäre in der Weltzeit des 21. Jahrhunderts und auf dem Boden eines „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck) das wirksamste Mittel gegen die von Dürre gefürchtete „Akkumulation“ ökonomischer, politischer und wohl auch medialer Macht? Es wäre die Verteidigung und Stärkung des souveränen, sozial verpflichteten, demokratisch verfassten Nationalstaats, insbesondere seiner umfassenden Zuständigkeit für das Öffentliche und innerhalb seiner Grenzen. Dies im Gegenzug gegen aufgezwungene Verschuldung, Entmachtung und seine Korrumpierung, gegen die Privatisierungen sowie die Unterwerfung unter neoliberale Diktate von innen und außen.

Die Berufung auf eine „Zivilgesellschaft“ bleibt dagegen zwiespältig: Diese ist nicht eigentlich eine Geburtsstätte oder Heimat „kollektiver“ Vernunft. Aus der kapitalökonomisch getriebenen, ökonomisch und sozial zerspaltenen, multimedial zerstreuten Gesellschaft

erwächst kein „Kollektivwille“. Es sind disparate Wissens-, Interessen- und Willensrichtungen, eingestreut auch besseres Wissen, mannigfaltiger Verbesserungswille, nach vorne weisende soziale Initiativen und Experimente.

Der Gedanke, das alles könnte so zu einer umwälzenden Bewegung zusammenwachsen, ist jedoch eine Great Illusion, welche die mit den vorliegenden Thesen berührte, eigentliche Systemfrage verkennt und auch Sektiererisches mitschleppt. Bei alledem bleibt die zivile und gesellschaftliche Gesamtsituation in der eröffneten Übergangsperiode grundsätzlich kontrovers und konfliktiv. Auch die politischen Parteien, selbst die sich als links verstehen, sind in den Tumult hineingezogen.

In dieser Situation bietet selbst eine Garantie „politischer Freiheit“ keine Gewähr für gesellschaftlichen Fortschritt. Die Frage nach einer wirklichen Alternative ist damit so wenig beantwortet wie durch „Bevölkerungsmehrheiten“. Die Wegfindung und die Artikulation „sozialer Wahrheit“ (Müller) erfordern vielmehr eine richtungsweisende Strömung „kritisch-revolutionärer“ (Marx) Wissenschaftlichkeit und politischer Philosophie, entsprechende Resonanzen im gesellschaftlichen Intellekt, koaktive Aktionsräume in der gesellschaftlichen Praxis und nicht zuletzt kulturevolutionäre Initiativen.

Antithese 3: Utopismus und wissenschaftliche Utopistik

Dörre distanziert sich von normativ aufgeladenen Ansätzen. Das Unzulängliche auch der eigenen, eher „egalitär-wirtschaftsdemokratischen“ Option beruht darauf, dass ihre viel versprechenden Begrifflichkeiten im Grunde auf die einfache Formel hinauslaufen: Weniger „aggressives“ oder überhaupt lieber geringes Wachstum, dafür mehr Nachhaltigkeit und sozialer Ausgleich, genannt Gerechtigkeit. So gut wie alle geschichtlichen Erfahrungen besagen allerdings, dass man das Korsett der bestehenden Verwertungs-, Reproduktions- und Sozialordnung so nicht aufschneiden und deren weiter wirkenden, fatalen Konsequenzen entgehen kann.

Auf der Suche nach Möglichkeiten kommen Ideen über „Reale Utopien“ und „Wege aus dem Kapitalismus“ (Wright) in den Blick. Dem zufolge wäre die sozialistische Option, auch in Anbetracht miserabler „Kräfteverhältnisse“, schon mehr als eine noch ziemlich „vage Hoffnung“. Allerdings ist zu erinnern: „Ohne politische Ökonomie geht's nicht, sonst ist es abstrakter Utopismus“ (Bloch). Soziologie gehört selbst politisch-ökonomisch fundiert, sonst fehlt der Halt. Sie ist keine integrale Wirklichkeitswissenschaft und daher nicht ausreichend kompetent, um in den Kernfragen einer „Transformation“ entscheidend voran zu kommen.

Selbst eine politisch-ökonomisch informierte „kritische Transformationsforschung“ (Brie) läuft Gefahr, die reale Prozessgestalt des Wandels zu verfehlen: Das Neue *formiert* sich „innerhalb und gegensätzlich gegen vorhandne Entwicklung der Produktion und überlieferte, traditionelle Eigentumsverhältnisse“ (Marx). Es müsste nach diesem Forschungsansatz, auf dem heutigen, exorbitanten Niveau der Entwicklung der „Produktivkräfte“, bereits *im Bestehenden* fassbar sein. Der philosophisch-ökonomische Begriff dafür ist „Latenz“. Indem eine solche gefasst wird und, noch näher, „Knotenpunkte“ der Entwicklung identifiziert werden, können transformatorische Strategien konkreter werden.

Antithese 4: Experimentalismus und die Latenz des Neuen

Für die neo-sozialistische Option spricht laut Dörre, was inzwischen jeder wissen kann: Dass die immer schwierigere „Generierung“ von „Wachstum“, welches zudem noch „auf fossilen Energien“ basiert, zunehmend einhergeht mit „ungleicher Verteilung“, beschleunigtem „Energie- und Ressourcenverbrauch“, hohem „Schadstoffausstoß“, also „ökologischer

Zerstörung“ der Naturgrundlagen, und vor allem auch „sozial destruktive“ Konsequenzen zeitigt.

Die Dekadenz des Systems, seine Krisenanfälligkeit und steil anwachsende Gefahrpotentiale liefern Gründe, aber es muss auch die objektiv-reale Möglichkeit geben. Die Generalthese im Anschluss an Marx und für die heutigen neuen Verhältnisse lautet: In der inzwischen sozial-infrastrukturell hoch gerüsteten Formierung des modernen Sozialkapitalismus, in dessen Wertverhältnissen, Reproduktionsordnung und widersprüchlicher Praxis, ist eine konkrete Systemalternative bereits als reale „Latenz“ (Bloch) angelegt. Das verweist auch auf die Grenzen oder Problematik eines praktischen „Experimentalismus“, das heißt eines „social piecemeal engineering“ (Popper) von links.

Das Konzept mehrdimensionaler Praxis und eines darin real fundierten historischen Entwurfs korrigiert das lineare Prozessmodell der gesellschaftlichen Entwicklung. Es macht auf das Unvermögen der traditionellen „Kritik“ der politischen Ökonomie im puncto positiver Alternativforschung aufmerksam: Ein historischer Lag, der mit der Fetischisierung der Kategorie „Kritik“ zu tun hat und mit einer grundsätzlichen Verkennung des transformationstheoretischen Status der gesamten Marxschen politischen Ökonomie einhergeht.

Dörre bleibt jenem traditionellen, linearen Modell verhaftet. Er deutet auf die „Zangenkrise“ zwischen chronischer Wachstumsschwäche und den in der Tat schier unabwendbaren Umwelt- und Klimakatastrophen. So könne man die Entwicklung nur im weiteren Verlauf ihrer „Richtung“ beeinflussen. Es wird allerdings durchaus schon von verschiedenen Seiten an Systemgrenzen gerüttelt, etwa auch von oppositionellen Ökonomen oder durch das überraschende „Manifest“ der Labour Party. Es bräuchte dazu vor allem noch positiv gerichtete, politisch-ökonomische Forschungen: Zwecks Geburtshilfe für etwas bereits „im Schoß“ (Marx) heranwachsendes. Eben dagegen ist der Neoliberalismus die Konterrevolution.

Antithese 5: Kritische Theorien und das dialektische Praxisdenken

Was wären schließlich die Kriterien für eine wirkliche Systemalternative? Jedenfalls würde die jetzige Bemessung des ökonomischen Betriebs mit neuen sozial-ökologischen und gemeinwohlfreundlichen Kriterien zunächst nichts Wesentliches ändern, insofern die Normalform der kapitalwirtschaftlichen Wirtschaftsrechnung und deren vielseitige Konsequenzen bleiben. Richtig ist, dass entsprechende qualitative „Entwicklungskriterien“ einen gewissen „Druck auf die Akteure“ ausüben könnten.

Das Kriterium einer nichtkapitalistischen Formierung läge jedoch im definitiven Aufweis, dass jener „Wachstumswang“ gebrochen oder so weitgehend eingeehgt ist, dass die nicht mehr selbstläufige und enthemmte verwertungswirtschaftliche, dissoziale Entwicklung aufgehoben ist. Damit würden eine vernünftige Kontrolle und gesellschaftliche Regulierungen zur *praktischen gesellschaftlichen Notwendigkeit*. Im Prinzip, theoretisch wie praktisch, geht es um eine Rückführung der kapitalwirtschaftlich erweiternden, akkumulativen Reproduktion auf die „Form“ einer einfachen Reproduktion, nun aber als Konfiguration auf dem erreichten höheren Niveau reproduktiver Potentialität (Müller, Zinn).

So könnte einzelökonomisches Handeln wie auch die volkswirtschaftliche Entwicklung rationell bilanziert werden und das Ganze, aufgrund gesellschaftlicher Regieleistungen, in allen Dimensionen qualitativ fortentwickelt werden (Müller): Ein neues Entwicklungssystem gesellschaftlicher Arbeit, Produktion und Praxis, nicht blödes „Wachstum“ und Konsumismus. Im Hinblick auf diese Schwelle könnte vielleicht von „Sozialismus“ die Rede sein. Über alle ökonomischen Aspekte hinaus sind aber die Kriterien einer „Weltveränderung“ (Bloch) in Richtung „Sozialismus“ noch ganz andere:

Diese Bemühungen sind „mit tätiger Antizipation im Subjekt gerichtet auf Glück, in einer Gesellschaft ohne Herr und Knecht gerichtet auf dadurch mögliche Solidarität aller, id est auf Freiheit und menschliche Würde“, auf eine „Allianz“ mit „Natur“, alles in allem auf „Heimat“ (Bloch). Mit enthalten ist hier eine mehrdimensionale Ethik persönlichen und gesellschaftlichen Handelns, die sich nicht in Imperative, Vernunftmodelle und Prinzipialismen verbohrt und darin stecken bleibt.

Die zitierten drei Zeilen sagen fast alles und sollen unterstreichen, dass man sich „im Spektrum orientierender politischer Philosophien verorten“ müsse. Welche politische Philosophie scheint allerdings in den vorliegenden Thesen durch? Eine kritische oder öffentliche „Soziologie“ mit Anlehnung an Kritische Gesellschaftstheorien und marxistische Topoi erscheint fachwissenschaftlich limitiert, kaum politisch-ökonomisch fundiert und epistemologisch-praxisontologisch nicht auf der Höhe.

Das heißt: Ohne Anknüpfung an das von Marx begründete integrale, dialektische Praxisdenken und eine erkenntnis- und konstitutionstheoretische, zeit- und problemgemäße Ausformung dieses Paradigmas ist nichts Gescheites zu erreichen. Aus jenem originären Ansatz erwuchs nicht nur die Konzeption des ökonomischen Werts und erste Analytik des „Kapitals“, sondern schließlich der Entwurf einer existenziellen, formationellen gesellschaftlich-geschichtlichen Umwälzung, also keineswegs nur ein sozial-ökologischer „Deal“. Der Auftrag zur schöpferischen Fortbildung des Ganzen ist im genuinen Ansatz enthalten. Damit markiert Marx' „Philosophie“, die in Deutschland wie ein halb „toter Hund“ (Marx seinerzeit über Hegel) behandelt wird, weiterhin den „unüberschreitbaren Bedeutungshorizont“ unserer Epoche (Yang Geng).

Antithese 6: Konkretisierung der gesellschaftsgeschichtlichen Situation

Dörre möchte schließlich nicht nur an „Symptomen herumdoktern“ und stellt dazu fünf Kernprojekte vor. Der Tenor des Ganzen beruht allerdings auf einer begrifflichen Verschiebung, durch die sich die prinzipielle Systemfrage praktisch auf „Systemfehler“ einschränkt und aus „der“ einen neo-sozialistischen Option jetzt solche Optionen „im Plural“ werden. Nun macht sich verstärkt bemerkbar, dass eine Diskussion von Systemproblemen mit einer annähernden, strukturierten Bestimmung der Lage einhergehen müsste.

Letzteres wird nicht erreicht, vielmehr herrscht ein eher traditionelles Verständnis von der Entwicklung einer kapitalistischen Klassengesellschaft vor: Es wird die Umwälzung vom Industriekapitalismus hin zum sozial-infrastrukturell und insgesamt formationell anders geprägten und dimensionierten Sozialkapitalismus des 20. Jahrhunderts, den Marx nicht kennen konnte, nicht ausreichend reflektiert. In der sonstigen Debatte hat die einseitige Fokussierung auf einen „Fordismus“ von dieser fundamentalen Strukturänderung abgelenkt.

Weiter gehend bleibt der Begriff „Transformationsperiode“ unscharf, wie auch sonst in der Debatte. Er trifft nicht, was im dialektischen und methodischen Praxis- und Widerspruchsdenken „Übergang“ (Hegel, Marx) heißt. Schließlich impliziert die volle Ausprägung der neoliberalen Globalität und der Eintritt in die „Übergangsperiode“ (Wallerstein) eine folgenreiche Veränderung der gesellschaftlich-geschichtlichen Grundsituation, deren Konsequenzen neu bedacht werden müssten.

Was wir Realität nennen, existiert im Grunde nur in einer sich umwälzenden Gegenwart, aus deren Fragen und Problemen sowohl Vergangenheiten wie Zukünfte immer neu rekonstruiert werden (Mead). Die entscheidenden wissenschaftlichen und politischen Orientierungen können daher auch nicht in retromarxistischer Blickwendung oder überhaupt aus historischen Analogien, Exempeln und Theoremen geschöpft werden, sondern nur aus „konkreter Analyse der konkreten Situation“ (Lenin).

Antithese 6.1: Wachstumsbegriffe und reale Wachstumszwänge

Es heißt zunächst, es brauche einen „anderen Wachstumsbegriff“, eine breite und gar „globale“ Debatte über nachhaltige gesellschaftliche Regulationsweisen, Produktionsformen bzw. Güter und auch Denk- wie Lebensweisen, „Entwürfe für ein gutes Leben“ und eine „kollektive Verständigung über ein Recht“ auf ein solches, gekrönt von einem „ethischen Gebot des Maßhaltens“. Dörre fordert selbst die nach solchen Hochtönen eigentlich erforderliche, genauere Argumentation bezüglich der Wachstums- oder Systemprobleme.

Dass eine aggressive „Konkurrenz“ und „Wachstum“ gebremst und sozial-ökologisch moderiert werden sollten, reicht nicht an das Kernproblem. Es geht um den in der Reproduktionsformierung verankerten, intrinsischen Verwertungs- und „Wachstumszwang“. Dabei ist letztere Begrifflichkeit noch völlig unzureichend, und ein enormes Experten- und Vexiertheater lenkt davon ab: Aus dem kapitalwirtschaftlichen ökonomischen Kalkül erwächst ein stets mehrdimensional treibender, systemisch unaufhebbarer Rationalisierungs-, Akkumulations-, Konsumtions-, Extraktions- und Expansionszwang.

Auch Dörres eher rhetorisch klingende „Kampfansage“ an das marktradikale „Wachstumscredo“ lenkt von dieser entscheidenden Problematik ab. In den herrschenden Wirtschaftswissenschaften kommt das Wesentliche ohnehin nicht zum Tragen. Es gibt auch die Schwierigkeit, dass man in Marxschen *Darstellungen* zum „Kapital“ eine konzise Erläuterung nicht findet. Die zur Erforschung nötigen, virtuellen wert-, reproduktions- oder gar transformationstheoretischen Modellierungen waren zu Marx' Zeiten nicht ausgebildet. Zudem fokussiert der politische Marxismus vorzugsweise auf den „Mehrwert“ oder „Profit“ als Verteilungs- und Gerechtigkeitsproblem.

Die Verdrängung ökonomischer Tiefenprobleme aus der politisch-ökonomischen Bearbeitung, dem wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Betrieb, dem gesellschaftlichen Bewusstsein und der politischen Debatte hat einen maßgeblichen Anteil an der Vorläufigkeit oder auch Inkonsequenz vieler Systemkritik und Alternativkonzepte. Die enormen Protestbewegungen kämpfen freitags und das ganze Jahr mit entsprechenden Orientierungsproblemen. Derweil bleiben die zunehmend bezweifelten neoliberalen Konzepte weiter hegemonial, und das Paradigma einer nicht eben Pluralen, sondern eindeutig positiven „Wissenschaft der politischen Ökonomie“ oder transformativen „Sozioökonomie“ ist erst im Werden.

Antithese 6.2: Um- oder Rückverteilung und die Steuersystematik

Dörres Credo ist „eine Politik substanzieller Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen mittels demokratischen Teilens und Umverteilens“, „von Nord nach Süd, von den europäischen Zentrumsstaaten an die europäischen Krisenländer, von oben nach unten und von den Starken zu den Verwundbarsten“, nicht zuletzt eine „Neuverteilung von Erwerbsarbeitszeit“ und Generierung von „Zeitwohlstand“.

Zum Pathos solcher Weltsanierung kann man kaum mit Vernunftgründen argumentieren. Mit mehr Bodenhaftung werden dann etliche bekannte, staatliche bzw. steuerliche Möglichkeiten zur Beschaffung der monetären Mittel für eine anders getönte Moderation der fortreibenden Entwicklung aufgezählt. Der Tenor der steuerpolitischen Vorschläge zielt auf eine sekundäre Um-, Neu- oder „Rückverteilung“ von kapitalwirtschaftlich generierten Einkommen, Vermögen oder sonstigen Wertefonds.

Der schon in der „Kritik des Gothaer Programms“ (Marx) von 1875 erklärte Grund für die begrenzte Wirkung und das letztendliche Abprallen dieser altbekannten Vorschläge wie auch neuerer Memoranden ist, dass sie an der konstitutionellen Grundverfassung, den Treibkräften und Prozesstendenzen der Verwertungsökonomie nichts Wesentliches ändern.

Diese Philosophie der Umverteilung weist in gewisse Weise weiter in die Richtung einer makroökonomischen Rahmen- und Verteilungsplanung.

Soweit selbst eine ganze Instrumentensammlung für volkswirtschaftliche Planung und Marktregulierung weiter auf die wirksame Motorik der Kapitalverwertung aufsetzte, könnte diese selbst durch zugeschaltete Beteiligungsverfahren oder per Volksabstimmung nicht ausgehebelt werden. An entsprechende historische und theoretische Debatten über einen Marktsozialismus könnte nur im Bewusstsein dieses fundamentalen Dilemmas und mit der Forderung nach Vorlage einer stichhaltigen Lösung angeknüpft werden.

Dörre setzt darüber hinaus auf eine verstärkte „Sozialverpflichtung des Eigentums“. Er denkt sogar an die Verankerung der angestrebten „Nachhaltigkeit“ im Grundgesetz.. Die Frage ist dann, wer solche „Pflichten“ und „Nachhaltigkeit“ am Ende definiert. Solches dann im Einzelnen juristisch zu bearbeiten, erforderte doppeltes Personal und ein langes Leben. So verweist der Vorschlag eher auf die Schranken des „Rechtshorizonts“ (Marx) im demokratischen Kapitalismus, denn auf die nötigen konkreten, starken ordnungspolitischen Eingriffe des Sozial- und Rechtsstaats.

Dieser ist für das Öffentliche zuständig, das auf sozialkapitalistischem Niveau enorme administrative, sozial-infrastrukturelle und kulturelle Produktionen und Leistungen umfasst, nicht zuletzt erheblich anwachsende Aufgaben in Wohnungs- und Städtebau, Umwelt- und Klimafragen. Die mangelnde Finanzierung dieser nicht warenförmigen, allgemeinen Lebens- und Entwicklungsgrundlagen oder auch die entsprechende Staatsverschuldung beruhen auf einer grundsätzlich verkehrten Steuersystematik. Dieses Problemfeld wird hier und sonst zumeist nicht einmal angesprochen.

Es werden überwiegend Einkommen, und nicht einmal diese konsequent in Betracht gezogen, aber nicht auch eine Besteuerung von Kapital, der zweiten Grund- und Flussgröße in der Konstitution des Ökonomischen. Diese wäre nötig zwecks eines sozialstaatlichen Transfers investiver Mittel in den Bereich der öffentlichen Aufgaben und Infrastrukturen (Müller). Solches wurde bisher im Sinne einer Maschinen-, Investitions- oder Wertschöpfungssteuer nur unzureichend begründet und wird ansonsten in der volkswirtschaftlichen Theorie und Statistik systematisch verschleiert.

Während also eine Neuverteilung aus kapitalwirtschaftlich generierten Fonds, bis hin zur Börsen- oder Digitalsteuer, oder auch eine Abschöpfung von sozusagen totem Vermögen, nichts an der systemischen Grundkonfiguration ändert, ist diese Kapital(transfers)steuer etwas völlig anderes: Sie kann latent vorhandene und bisher überspielte Wertverhältnisse einer höheren Reproduktionsordnung in Kraft setzen. Sie beschädigt nicht die Investitionsgüterindustrie, sondern kann inländischen Umsatz sichern und im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung verstärken.

Antithese 6.3: Radikale Demokratisierung und soziale Wahrheit

Es heißt, neben jener „steuerlichen Rückverteilung“ des Reichtums bedarf es vor allem einer „gerechten Verteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht“ und darüber hinaus einer „radikalen Demokratisierung“: Dörre könnte sich empirisch belegen lassen, dass erhebliche und steigende Ungleichheiten an Einkommen, Vermögen (Piketty) und damit wohl auch von Macht und Einfluss zur normalen Konstitution des demokratischen Kapitalismus gehören. Solches kann zunächst nur schlecht symptomatisch behandelt und nicht wirklich kuriert werden.

Unter der stets vorausgesetzten „Macht“ stummer ökonomischer Verhältnisse bis hin zu Ansprüchen einer „Machtelite“ einen „gerechten“ Verteilungsschlüssel finden zu wollen, ist ein absurdes Unterfangen. Das fängt beim Mindestlohn an, wo es keinen „gerechten“ Lohn

gibt: Der „gerechte Lohn“ ist seit jeher ein Schwatz. Das alles lehrt: Je höher das Aufgebot von Begriffen wie „Gerechtigkeit“ oder anderen beliebten Politizismen wie Freiheit und Demokratie ist, desto mehr ist Misstrauen geboten.

Man sollte damit als Wissenschaftler nicht hantieren, ohne die Bindung der jeweiligen, mehr oder weniger problematischen Gestaltbildungen an die konkreten Verhältnisse der zugrunde liegende Wirtschaftsweise, Gesellschaftsform und politischen Institutionalität klarzulegen. So ist es beispielsweise mit der „Freiheit der Andersdenkenden“ schwierig, die Dörre hochhält, wenn solche, aus welcher Positionierung auch immer und auch höchst legal, die Freiheit der Selbstdenkenden oder überhaupt ein Selbstdenken (A. Müller) ersticken.

Schließlich verbirgt sich hinter der Idealisierung von „Demokratie“ oder einer „radikalen Demokratisierung“ ein gerne vergessenes Grundproblem: Demokratie ist keineswegs ein Garant für Wahrheitsfindung oder eine vernünftige, emanzipatorische Wegbahnung. Die Ausgangslage ist die zerspaltene und ideologisierte, im Zuge der entgrenzten Digitalisierung auch noch mental und kommunikativ verstörte Gesellschaftlichkeit. Wenn man gar noch annähme, dass digital idiots oder künstliche Intelligenz einer praxislogisch kompetenten, „begreifenden“ (Marx), „praktischen Vernunft“ (Bourdieu) auf die Beine helfen könnten, wäre das nur eine weitere ausgekochte Dummheit.

Die Auseinandersetzung über das Vernünftige und über Zukunftsperspektiven wird wesentlich auf dem Streitfeld wissenschaftlicher Strömungen, von Instanzen des gesellschaftlichen Intellekts und der Medien, oder im Raum politischer Philosophien und Programmatik geführt. Es gibt einen „Kampf um soziale Wahrheit“ (Müller), daher auch die Bedeutung der vorgelegten 8 Thesen. Somit führte die anderwärts befeuerte Konsensorientierung vermutlich eher zum Tod der Demokratie und in ein Doppelgrab mit der „Alternative“.

Antithese 6.4: Wirtschaftsdemokratie und sozioökonomische Rekonstruktion

Die Idee „radikaler Demokratisierung“ führt zum Gedanken einer „Wirtschaftsdemokratie“. Stichworte sind „Betroffene zu Mitbestimmenden“ und „Beschäftigte zu Miteigentümern machen“. Also etwa große Unternehmen in Mitarbeitergesellschaften verwandeln und solidarische, alternative Wirtschaftsbetriebe fördern. Darüber hinaus gehe es um die Organisation eines bestimmenden „Kollektivwillens innerhalb wie außerhalb der Unternehmen“, die verschiedene betroffene Akteure als „Mitbestimmende“ einbezieht.

Als „Zielbegriff alternativer Wirtschaftspolitik“ wurde „Wirtschaftsdemokratie“ „nach 40 Jahren“, letzthin vor 10 Jahren bilanziert (Vilmar). Ein Bezugspunkt ist jene „Humane Wirtschaftsdemokratie“ (Ota Sik), die ursprünglich einmal der sowjetischen Plan- oder Kommandowirtschaft entgegen gehalten wurde: Es handelt sich auf beiden Seiten um nicht tragfähige oder wirkliche Alternativen, wie überhaupt in der ideologisch völlig verfahrenen West-Ost-Konfrontation des 20. Jahrhunderts.

Wie sollte mit jener „Wirtschaftsdemokratie“ nach mittlerweile 50 Jahren Vergeblichkeit und unveränderten Machtverhältnissen ein Sprung nach vorn möglich sein? Dörre meint, mit seinem Konzept sei im Grunde auch eine „neue“ Lösung der Kernfrage des „Eigentums“ verbunden. Es gehe um „kollektive Eigentumsformen, die Beschäftigte zu Miteigentümern machen“: Das wäre zu schön für Beschäftigte und Gewerkschaften, hat aber mit einer substanziellen Systemalternative zunächst nichts zu tun:

Soweit alternative wirtschaftliche Formen und Zusammenhänge, etwa einer „Solidarischen Ökonomie“ oder Regionalwirtschaft bestehen oder erprobt werden, verweisen sie vor allem darauf, dass das Kürzel „Systemalternative“ für eine künftige vielförmige, vorläufig gesagt „gemischte Wirtschaftsweise“ steht. Mit der planwirtschaftlich inspirierten Idee eines

„Computersozialismus“ (Cockshott/Cottrell) hat man da erheblich zu kurz gegriffen, aber auch eine neu aufgelegte „Wirtschaftsdemokratie“ reflektiert weder die aktuelle Situation noch die Konstitutionsprobleme einer höheren Wirtschaftsverfassung.

Heute müssen Mitbestimmende oder Belegschaftseigentümer mehr oder weniger wie andere im Umfeld einer global verflochtenen Verwertungsökonomie agieren. Im kleineren Maßstab geht genossenschaftliche Selbstverwaltung häufig mit Selbstausbeutung einher. Und große Unternehmen in „kollektive Eigentumsformen“ zu überführen, die „Beschäftigte zu Miteigentümern machen“, ist die Phantasmagorie einer sanften Enteignung oder Erfindung einer quasi „neutralen“ (Ota Sik), aber so keineswegs neutralisierten Form von „Kapital“.

Hier wurde ein sozialheilkundliches Rezept ausgestellt, ohne den Patienten gründlicher zu untersuchen. Der kranke Patient ist der National- und Sozialstaat in seiner fiskalisch, juristisch und operativ zentralen und vermittelnden Stellung zwischen dem privaten und einem öffentlichen Sektor. Diese „dreigliedrige“ sozioökonomische Konfiguration (Müller) ist aus der industriewirtschaftlichen Reproduktionsordnung hervorgegangen, die Marx allein kannte.

Für die „Macht und Ohnmacht“ des modernen Staates (Makroskop), der in allem gesellschaftlichen Leben gegenwärtig (Bourdieu) ist, hätte es also eine eigene Hauptthese gebraucht. Dieser Staat muss aufgrund unzureichender Finanz- und Interventions-, Regulierungs- und Gestaltungsmacht operieren und sieht sich so zu kapitalökonomischer Opportunität, Selbstverschuldung und sozialer Austerität gezwungen. Die zentrale Frage ist daher, ob und wie mit der Zwangslage zwischen limitierten Steuer- und Finanzmitteln und den wahren Grund- und Entwicklungsaufgaben Schluss gemacht werden kann.

Diese Aufgaben betreffen vor allem die Ökonomie der „allgemeinen und gemeinschaftlichen“ (Marx) Grundlagen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Es handelt sich nicht einfach um „strategische Schlüsselsektoren“ (Dörre), eher um eine „Fundamentalökonomie“ (Streeck). Denn diese zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion komplementäre Wirtschaftsabteilung produziert überhaupt keine „Waren“. Sie ist Ausdruck eines höheren Grades der Produktivkraft und realer Vergesellschaftung, der entscheidende Konsequenzen herausfordert.

Marx hat die Formbildungen von Ware, Wert und Kapital analysiert, aber nicht die neu hinzugekommene „Form“ der sozial-infrastrukturellen oder „sozialwirtschaftlichen Dienste“ (Müller), einschließlich der von Dörre beiläufig herausgegriffenen „Sozial- und Erziehungsdienste“. Jene bilden in unserer Zeit die Grundlage für einen möglichen höheren zivilisatorischen Standard: Sie gehören im Prinzip, ihrer Eigenart gemäß, nicht privatisiert, sondern direkt unter sozialstaatliche Regie, durch ein ausgewogenes System von Einkommen- und auch „Kapital(transfer)steuern“ (Müller) direkt und weitestgehend finanziert und als gemeinnützige, gesellschaftlich verantwortliche Unternehmungen organisiert.

Dem kommt ein wachsender Widerstand gegen die Privatisierung des Öffentlichen beziehungsweise kommen die Forderungen für eine Resozialisierung und Rekommunalisierung entgegen, ohne dass dabei die hintergründigen Zusammenhänge und vor allem die vollen Konsequenzen ganz bewusst wären: Eine nurmehr „institutionelle“ Reformierung des Öffentlichen bringt das private und das gemeinnützige Wirtschaften in ein anderes Verhältnis. Erst die fiskalische Neuordnung ermöglicht dann eine weiter gehende Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste aus der Umklammerung der Verwertungsökonomie.

Das höhere Recht zu dieser sozioökonomischen Rekonstruktion beruht darauf, dass die Industriewirtschaft nur auf der allgemeinen sozial-infrastrukturellen Grundlage und aufgrund deren ökonomischer Vorleistungen existieren kann, die bisher nicht wirklich abgegolten und steuerlich nicht angemessen zur Geltung gebracht werden.

Daher ist der Sozialstaat zwecks Inkraftsetzung der wirklichen gesellschaftlichen Wertverhältnisse und sozioökonomischen Balance gehalten, die nötigen fiskalischen Maßnahmen zu ergreifen. Er sollte seiner realen, zentralen dispositiven und possessiven Stellung entsprechend auch direkte Organe und Einflussnahme in Unternehmen und im marktwirtschaftlichen Bereich instituieren. Das verweist wieder auf jene „gemischte Wirtschaft“, so aber gut und effektiv gemischt.

So könnten auch die Kommunen ausgestattet und befähigt werden, auf ihrer Ebene nicht nur die nötigste „Daseinsvorsorge“ zu betreiben, sondern zivilisierte gesellschaftliche Lebensgrundlagen und Entwicklungsbedingungen zur Verfügung zu stellen: Als sozusagen andere Hälfte des Lohns und reelle Basis für eine freiere „Individualität“ und tendenziell „universelle Entwicklung der Individuen“ (Marx). Zugleich als Vorleistung für eine Wirtschaft, die dadurch wesentlich zur Stärkung des sozioökonomischen Zusammenhangs beiträgt und zugleich eine Ausgangsbasis für eine gesellschaftlich legitimierte internationale Ökonomik gewinnt.

Wenn Dörre schon die „marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnungen“ anspricht, über die seine Vorschläge letztlich nicht hinausgehen, müsste an dieser Stelle auch die Frage nach einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ im industriewirtschaftlichen Bereich oder überhaupt nach künftigen weltwirtschaftlichen modi operandi ernsthaft aufgegriffen werden. Auch diese Fragen stellen sich aufgrund der umrissenen systemischen Umstellung neu und über jene marktsozialistischen Konzepte hinaus.

Das fundamentale Systemproblem der modernen „Infrastrukturgesellschaft“ (van Laak) oder im „Sozialkapitalismus“ (Müller) wird an der Suppression des Sozialstaats deutlich. Dahinter stehen reale Wert- und Reproduktionsverhältnisse, die eine sozioökonomische Rekonstruktion herausfordern. Deren zentraler Ansatz- oder „Knotenpunkt“ (Hegel, Laclau/Mouffe) ist eine „Fiskalrevolution“ (Goldscheid, Piketty), die den Sozialstaat praktisch entschuldet, zu seiner Ermächtigung im Verhältnis zur Kapital- und Finanzwelt entscheidend beiträgt sowie seine sozial- und gesamtwirtschaftliche Kompetenz und Regie befestigt.

Dazu bedarf es auch einer hoch entwickelten, für eine transparente, wissenschaftlich basierte Entwicklungsplanung befähigten öffentlichen Verwaltung. Diese ist selbst ökonomisch nichts anderes als „sozialwirtschaftlicher Dienst“, kein Lobbyisten- und Beraterwesen. Schließlich und keineswegs zuletzt können aufgrund des Primats der sozialstaatlichen Strukturierung entsprechende prozessuale demokratische Formen auf der untersten und bis zur gesamtstaatlichen Ebene fortentwickelt werden: Für die Frage der „Demokratie“ und für konkrete „Freiheit“ sind also keine Heißluftballons am Ideenhimmel maßgebend, sondern die darunter liegenden politisch-ökonomischen Strukturen.

Antithese 6.5: Kosmopolitische Illusionen, die Rolle des Nationalen und Europa

Schließlich wird betont, „jedes der genannten Projekte“ habe zu berücksichtigen, dass „Weichenstellungen zugunsten einer demokratischen Transformation heute letztendlich nur global erfolgen können“ und eine „neue Weltinnenpolitik“ (Beck) erforderlich sei. Dazu müssten „Interessenunterschiede und Gegensätze zwischen Staaten und Weltregionen wechselseitig anerkannt und kooperativ bearbeitet werden“.

Spätestens jetzt müsste auch eigens auf die Europäische Union eingegangen werden. In den vorliegenden Thesen findet sich dazu Spärliches: Die Forderung nach einer „einheitlichen europäischen Steuerpolitik“, nach einer „radikalen Umverteilung“ „von den europäischen Zentrumsstaaten an die europäischen Krisenländer“ und eine Stellungnahme „gegen die „Abschottung an den europäischen oder den nationalen Außengrenzen“.

Dass entscheidende „Weichenstellungen“ nur global erfolgen könnten, ist eine gerne benutzte Ausflucht in letzter Instanz. Es bedeutet die Verlagerung einer wirklich neuen Politik ins Ungewisse. Hinzu kommt der Phantasmus einer „globalen Kooperation“ oder „Weltinnenpolitik“ (Beck), was angesichts harter ökonomischer Interessengegensätze, Interventionen und Pressionen jeder Art, ungeheurerlicher Gewaltsamkeiten und zivilisatorischer Zerfallserscheinungen im kapitalistischen Weltkrisenszenarium die Neuauflage einer „kosmopolitischen Illusion“ (Mouffe) in Hochpotenz bedeutet – eben ein „Soziologentraum“.

Wie ist es sodann mit „Weichenstellungen“ im europäischen Raum, konkret im Hinblick auf die Institutionalität der Europäischen Union? In einer Rede zum 1. Mai hat Dörre mehr verlauten lassen. Er sprach sich für ein „demokratisches“, „solidarisches“ und „sozial gerechtes“, „wirtschaftsdemokratisches“, „ökologisch nachhaltiges“, „friedliebendes“ und „geeintes“ Europa aus. Abgesehen von dieser redundanten Wortgewalt geht kein inhaltlicher Punkt über die bereits besprochenen demokratie-, verteilungs- und nachhaltigkeitspolitischen Rezepturen hinaus, die versuchsweise auf das größere Terrain übertragen werden.

Gegen so viel gute Wünsche für das enorme Terrain von zur Zeit 27 erwachsenen, kontinental benachbarten Nationalstaaten und den aufgesetzten institutionellen Overhead kann man nicht argumentieren, ohne als Nationalist, Populist oder Irrealist verklagt zu werden. Was Menschen und Mitbürger tatsächlich nach Rechts treibt, sind weniger Sprüche, sondern Bedrängnisse, unerfüllte Versprechungen sowie Ängste, dies alles verbunden mit gründlich irreführenden, ideologisch umgedrehten sozialen Aspirationen, die auch von daher nicht sichtbare Alternative, darüber hinaus noch die gefühlte Kälte der Großstaaterei.

Derart zieht die Europäische Union aufgrund ihrer juristisch und organisatorisch stringent abgesicherten neoliberalen Grundkonstitution und pseudodemokratischen Strukturierung in den Sog eines kontinentalen Liberalisierungsprojekts hinein. Man sucht beharrlich und systematisch die souveräne demokratische Verfasstheit der Mitgliedsländer zu unterminieren und verspricht so die Bildung eines politischen, ökonomischen und militärisch operativen Blocks im kapitalistischen Weltsystem.

Die dagegen aufgesetzte Idee eines „neuen Europa“ meint nur eine Runderneuerung des schon als Karkasse angebrochenen europäischen Pneus oder „Projekts“. Diese Idee wird weiterhin an der Realität anprallen und neben diesen oder jenen, mehr, weniger oder gar nicht brauchbaren, ungenutzten Reformismen zur Konfusion beitragen: Zwecks Versammlung einer wirklich „handlungsfähigen sozialistischen Linken“ müsste man sich zunächst der europäischen wie kosmopolitischen Illusionen konsequent entledigen, und zwar möglichst bevor das Ganze in die nächsten Substanzkrisen taumelt.

Ein Kernstück der linken Desorientierung ist dabei die Verkennung der Rolle des Nationalen in dieser Welt (Streeck, Wahl) und auf die absehbare Langstrecke einer extrem gefährdeten Zivilisation: Die Auseinandersetzung in Klima- und Umweltfragen ist nur ein Vorspiel für einen „Kampf um Zivilisation“ (Fleischer), der ohne Überschreitung der Systemgrenzen keine gute Aussicht hat. Das müsste der protestierenden jungen Generation mit philosophisch-ökonomischer Ernsthaftigkeit vermittelt werden, anstatt Europafahnen vor Schulen zu hissen.

Die allen europäischen Fragen sachlich vorgelagerte Grundfrage bezüglich eines „neuen Sozialismus“ lautet: Ob und wie nach der noch anhaltenden Tendenz der neoliberalen Globalisierung und des verschwisterten liberalistischen Universalismus, ob und wie schließlich mit dem Eintritt in eine gesellschaftsgeschichtliche Krisen- und Übergangszeit, ob und wie bei dieser Ausgangslage zunächst das eine oder auch andere Land einen anderen Weg einschlagen kann.

Die vermutlich reellste Grundlage gesellschaftlicher Emanzipation bietet die Formierung des modernen National- und Sozialstaats, möglichst auf der Grundlage einer souveränen,

prozessualen demokratischen Strukturierung sowie durch Inkraftsetzung einer neueren historischen Errungenschaft: Des Primats einer wesentlichen sozioökonomischen Selbstbezüglichkeit moderner Infrastruktur-, Sozial- und Kulturstaaten. Mit solchen Ecksteinen wäre nicht nur ein anderes Haus Europa zu bauen, sondern überhaupt eine freihändige, aber nicht freihändlerische und ausbeuterische Art internationaler ökonomischer und politischer Verhältnisse anzugehen.

Antithese 7: Klassenpolitische Orientierung und sonstige Erzählungen

Es heißt: „Jede neo-sozialistische Option benötigt gesellschaftliche Mehrheiten“, vor allem eine „breite Unterstützung durch Unter- und Lohnabhängigenklassen“. Die Bildung des Bewusstseins „für solidarisches Klassenhandeln“ sei aus verschiedenen Gründen gehemmt, darunter die Agenda-Politik der deutschen Sozialdemokratie. Um das zu ändern, benötige man eine öffentliche wie wissenschaftliche Debatte über „Klassenverhältnisse“ sowie eine „demokratische, inklusive Klassenpolitik“, „die verdeckte Ausbeutungsmechanismen wieder beim Namen nennt und demokratische Umverteilung fördert.“

Dass man nach 150 Jahren nicht überhörbarer Anklage von Ausbeutung, Klassenverhältnissen und Kapitalismus, nach der auf die systemische Krise von 2008 folgenden Welle von Kritik und schließlich auch nach dem jüngsten Revival „Marx200“ die Dinge „wieder beim Namen nennen“ müsse, ist kein starker Weckruf. Vor allem, wenn zugleich die Erwartung einer „Umverteilung“ geweckt wird, die in mehrerlei Hinsicht zwar geboten ist, aber für keine ernst zu nehmende „sozialistische“ Option steht und begeistert.

Jene zeitgeistig „inklusive“ Orientierung auf „Klassenpolitik“ verdrängt, dass entsprechende Auseinandersetzungen um Milderung der Lebensumstände, oder auch Besserstellung, Teilhabe, Anerkennung und Mitsprache, auch die Protestation gegen tausend Übelstände, gewöhnlich innerhalb der Prozessualität der kapitalistischen Modernisierung spielen. Dabei auch für diejenigen Partei zu ergreifen, die prekär gestellt sind, deren benachteiligte oder subalterne Stellung unangemessen ist, oder deren Existenz in der bestehenden Unordnung gefährdet ist, ist schon aus bürgerlicher Mitverantwortung und praktischer Vernunft geboten.

Warum also führt sogar die allenthalben spürbare, multiple Symptomatik eines Ungenügens, Versagens und einer grauenhaften gesellschaftspolitischen Wurstelei, oder sogar die anrückenden Umwelt-, Klima- und Kriegskatastrophen, nicht per se dazu, dass Menschen in „solidarischem Klassenhandeln“ zu einem neuen Ufer aufbrechen? Als ein Hauptgrund in den vielen ursächlichen Zusammenhängen entpuppte sich das Fehlen oder genauer: das Unvermögen zur „konkreten Alternative“, kombiniert mit einem tiefen Misstrauen der eigentlich Aufgerufenen, welches in enttäuschten oder verlorenen Hoffnungen wurzelt.

So bleibt im Dämmerlicht der angebrochenen Übergangsepoche Spielraum für Irrlichter, vom „garantierten Grundeinkommen“ (Butterwege) bis zum Hype eines digitalen „Postcapitalism“ und weiter darüber hinaus. Allerdings werden auch schon zögernde Rufe nach einer „transformativen Wirtschaftswissenschaft“ oder gar nach einer im Ganzen neuen gesellschaftlich-geschichtlichen „Erzählung“ laut. Das sind aber noch zu schwache oder undeutliche Hinweise darauf, dass man zu einem gesellschaftlich-geschichtlichen konkreteren „Entwurf“ (Sartre) oder einer „Praxiskonzeptualisierung“ (Müller) kommen muss, die in einem politisch-ökonomisch mindestens halbwegs identifizierten Neuen ankert.

Antithese 8: Arbeit und Kapital und der heutige formationelle Hauptwiderspruch

Um die gesellschaftliche Linke zu formieren, wird schließlich eine „mit Leidenschaft“ betriebene „populär-demokratische, nicht populistische“ Klassenpolitik empfohlen, die „klassenpolitischen Themen zu hegemonialer Ausstrahlung“ verhilft. Es sei zugleich falsch,

mit einer „Abschottung an den europäischen und den nationalen Außengrenzen“ auf den Rechtspopulismus zu reagieren. Es müsse ein Anliegen „demokratischer Klassenpolitik“ sein, das kollektive Selbstbewusstsein von Lohnabhängigen zu stärken und der „Verschränkung“ mit anderen „Konfliktachsen“ Rechnung zu tragen.

Es handelt sich um den Ruf nach einem Revival von Klassenanalysen und Klassenpolitik, der insbesondere bei Gewerkschaften Gehör sucht und den hierzulande unmittelbar bedrängenden Weltproblemen von Zerfall und Migration mit einer humanitär-internationalistischen Haltung begegnen möchte. Zur Widersprüchlichkeit dieser beiden Praxisperspektiven, die teils mit jener „imperialen Lebensweise“ (Brand) zu tun haben mag, wird nichts notiert. Die vorliegende Konzentration auf sozial-ökonomische Lagen und Identitäten ist aber überhaupt unzureichend zur Begründung richtungsbewusster Politik.

In der gesuchten Richtung geht es um die Ganzheit der menschlichen Existenz, ganz wesentlich um das „Naturverhältnis“ (Schmied-Kowarzik) und eine immer wieder versuchte innerliche und äußerliche „Befreiung“ (Marcuse) der Individuen, das heißt heute um die Freisetzung einer neuen Ökonomik und höheren Zivilisation. Das standfeste Fundament dafür ist aber nur in einer philosophisch reflektierten, wesentlich politisch-ökonomischen Praxisanalytik der heutigen „geschichtlichen Situation“ (Marcuse) zu finden.

Diese ist kaum gegeben: Nachdem der Wandel vom Industriekapitalismus zur Formierung des bereits latenzhaltigen Sozialkapitalismus außer Sicht blieb, wird jetzt auch noch der für das 21. Jahrhundert ganz entscheidende Eintritt in eine „Übergangsperiode“ (Wallerstein) nicht ausreichend reflektiert. Wallersteins Plädoyer für eine wissenschaftliche „Utopistik“ ist im deutschsprachigen Raum nie angemessen diskutiert worden, und im Mainstream des „emanzipationstheoretischen Denkens“ und der Marxlektüren blieben die utopistisch inspirierten „Lesarten im Sinne einer Philosophie der Praxis“ (Hoff) marginal.

Die zwei- oder mehrdimensionale Konstitution der Übergangswirklichkeit kann jedoch methodisch nicht ohne dialektisches Praxisdenken und inhaltlich nicht ohne Bezug auf jene Latenz einer alternativen Konfiguration gefasst werden. Von da erklärt sich die Irritation im ökonomistischen Mainstream und schließlich die programmatische Beschränkung auf linkssozialdemokratische Konzepte. Diese scheinen wenigstens unmittelbare Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen und halten die kaum kartierten Wege eines „demokratischen Experimentalismus“ offen.

Unter diesen Denkvorsetzungen ist die letzte praxislogisch konsequente und politisch maßgebliche Schlussfolgerung vermutlich unverdaulich: Marx hat gefolgert, dass im Zuge der Arrondierung des kapitalistischen Weltmarkts, sprich der neoliberalen Globalisierung beim Stand um die Jahrtausendwende, so gut wie „alle Widersprüche“ der historischen Formation akut werden müssten. Da er von der formationellen Weiterentwicklung im 20. Jahrhundert nichts wissen konnte, blieben nur seine damaligen, vorläufigen politisch-ökonomischen Optionen.

Realiter wird der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit heute überlagert durch den neuen Hauptwiderspruch. Es ist der Widerspruch zwischen der von einer hyperproduktiven Kapitalökonomie dominierten, dekadenten Gesellschaftlichkeit und einer zunächst noch weniger, oder auch schon mehr, aus der Latenz andrängenden, zivilisatorisch höheren Wirtschafts- und Sozialformierung. Diese Front zwischen dem Alten und dem Neuen geht durch alles hindurch: durch den Staat, durch alle Felder der gesellschaftlichen Praxis, durch wirtschaftliche Existenzen und Klassenlagen, durch soziale Kulturen und Identitäten.

Somit ist keiner dieser Aspekte *an sich* entscheidend, sondern die jeweilige konkrete Tendenz, das heißt die jeweilige Hin- oder Wegorientierung bezüglich des werdenden Neuen. Unterscheidbar wird das vorläufig, wo der Widerstand gegen Entfremdung und Verdummung, Repression und Entzivilisierung wächst. Es sind also „unvereinbare

hegemoniale Projekte“ die miteinander ringen. Die „Freisetzung einer sozialistischen Praxis“ hängt somit von einem, von verschiedensten Ansatzpunkten her, erst „mühsam“ zu konstruierenden „Kollektivwillen“ ab (Mouffe).

Eine solche Bewegung kann freilich nicht existieren ohne klare philosophisch-wissenschaftliche Referenz, ohne ein in der Gesellschaft präsentenes Wissen im Geist sozialer Wahrheit und ohne eine konföderale Wissenschaftlichkeit, die sich aus dem vorherrschenden „intellektuellen Morast“ (Wallerstein) herausarbeitet. Schließlich sollte deutlich geworden sein, dass sich mit all dem die gesellschaftlichen Kräfte nicht nach vorne ausrichten und zusammenfinden können, wenn sie sich nicht auf eine „im Schoß“ des Bestehenden realiter wachsende, andrängende Alternative beziehen können.

Beschlusswort

In einem Gespräch über „ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie“ verwies Bloch bezüglich des Marxismusdenkens darauf, es sei „das Zeichen gerade von Wissenschaftlichkeit zum Unterschied von Ballast und Wischiwaschi, dass eine Theorie durch Auftauchen neuer Wirklichkeiten oder durch Eintreten von neuen Beobachtungen auch in der alten Wirklichkeit veraltet“. „Also nicht Wegwerfen, als Ballast, sondern eine exakte und schöpferische Fortentwicklung des Marxismus: das wäre da Amt, das hier übernommen werden müsste“.

Weitere Quellen

Zur Fortentwicklung des Marxismus als dialektische Praxiswissenschaftlichkeit im 21. Jahrhundert. In: Novkovic, Dominik / Akel, Alexander (Hrsg.): Karl Marx - Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marxschen Praxisphilosophie. Kasseler Philosophische Schriften – NF 8. Kassel 2018, S. 251-281. [Die Publikation als [Onlinetext](#)]

Transformationsforschung als dialektische Praxisanalytik. Mit Marx und Bloch auf dem Weg zur konkreten Systemalternative. In: VorSchein 35, Jahrbuch der Ernst-Bloch-Assoziation 2017, Antogo Verlag, Nürnberg 2018. [Der Artikel als [Onlinetext](#)]

Die Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus als Ausgangsbasis der Transformationanalyse. Auszug aus dem Konzept PRAXIS, Abschnitt 9.3, S. 434-459. [Der Auszug als [Onlinetext](#)]

Die gesellschaftlichen Infrastrukturen und eine Kapital(transfer)steuer als Schlüssel der Systemtransformation. Zur Grundlegung einer konsequenten Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. In: Zeitschrift Widersprüche Nr. 150 (2018), S. 53-70. Als Beitrag zur PRAXIS-Diskussion 3 (2019). [Der Artikel als [Onlinetext](#)]

Kapitalwirtschaft oder eine zivilisierte Sozioökonomie als Systemalternative. Die Besteuerung des Kapitals und eine neue Wirtschaftsverfassung als Grundlage gesellschaftlicher Emanzipation. Beitrag zur PRAXIS-Diskussion 2 (2019). (42 S.). [Der Artikel als [Onlinetext](#)]

Kontakt: dr.horst.mueller@t-online.de

Webseite: <https://www.praxisphilosophie.de>

Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. BoD-Verlag Norderstedt, Oktober 2015. ISBN 978-3-7386-4684-9 (600 S./ 24,80 EUR, als eBook 15,99 EUR). [Informationen und Sonderdrucke auf der [Webseite](#)]